

Heinz Fischer, Die Entwicklung in Zentral- und Osteuropa aus österreichischer Sicht (1996)

Quelle: Europäische Rundschau. Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. 1996, n° 4; Herbst. Wien: Verein "Europäische Rundschau".

Urheberrecht: (c) Europa Verlag GmbH

URL:

http://www.cvce.eu/obj/heinz_fischer_die_entwicklung_in_zentral_und_osteuropa_aus_osterreichischer_sicht_1996-de-d878c9b4-28b6-423c-8947-3b47a59156ba.html

Publication date: 08/11/2016



Die Entwicklung in Zentral- und Osteuropa aus österreichischer Sicht

Heinz Fischer

Wenn ich ausländische Gäste durch das österreichische Parlamentsgebäude in Wien führe, dann sind sie oft sehr beeindruckt von einer Landkarte jener Gebiete, die im alten Reichsrat der Monarchie vertreten waren: von der Bukowina im heutigen Rumänien bis zum heute italienischen Südtirol und von Böhmen bis zum Königreich Dalmatien und Montenegro.

Nicht weniger eindrucksvoll ist ein Sitzplan aus dem Jahr 1911, aus dem man erkennen kann, daß der spätere polnische Staatspräsident Pilsudski, der spätere tschechische Staatspräsident Masaryk, der spätere italienische Staatspräsident De Gasperi und der spätere österreichische Bundespräsident Renner etwa zur gleichen Zeit dem österreichischen Abgeordnetenhaus in Wien angehört haben.

Umgekehrt war von den ersten drei österreichischen Bundespräsidenten der Zweiten Republik, nämlich Renner, Körner und Schärff, keiner im heutigen Österreich geboren, sondern Renner in Untertannowitz, Körner in Komorn und Schärff in Nikolsburg, also alle drei aus der heutigen tschechischen bzw. slowakischen Republik.

Warum setze ich das an den Beginn dieser Überlegungen? Ich tue es deshalb, weil Mittel- und Mitteleuropa nicht einfach nur eine Region in Europa sind, eine Summe von Staaten, sondern weil es sich hier um einen Raum mit besonders ausgeprägten Gemeinsamkeiten und historischen Verbindungen handelt. Ökonomische Kooperation, gemeinsame geistige Traditionen bis hin zur Durchmischung der Populationen waren und sind für dieses Mitteleuropa, für diesen Raum zwischen Deutschland und Rußland durch Jahrhunderte charakteristisch.

1918 wurde dieser Raum zerstückelt, die Verbindungen stark reduziert, teilweise unterbrochen, und der mächtig gewordene Nationalismus betonte in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten das Trennende und verdeckte das Gemeinsame. Davon abgesehen war die ökonomische und soziale Entwicklung in den sogenannten Nachfolgestaaten der Monarchie zum Teil äußerst schwierig und unerfreulich. Nach kurzen revolutionären Aufwallungen unmittelbar nach dem Ende des Weltkrieges setzten sich in den meisten Nachfolgestaaten der Monarchie nationalkonservative bzw. autoritäre Systeme durch. In Ungarn folgte auf die Räterediktatur das national-konservative Horthy-Regime. In Polen regierte ab 1918 Marschall Pilsudski als Staatsschef, von 1926 bis 1928 und 1930 als Ministerpräsident. Rumänien und Bulgarien wurden von einer Mischung aus Monarchie und Militärdiktatur regiert. Das Königreich Jugoslawien befand sich dauernd am Rande des Bürgerkrieges. In Italien kam im Oktober 1922 Mussolini an die Macht, und das österreichische Schicksal in der Zwischenkriegszeit ist bekannt. Am besten hielt sich das demokratische System noch in der Tschechoslowakei, wo aber die sudetendeutsche Minderheit Hitler 1938 als Vorwand für den Einmarsch deutscher Truppen diente, und in Österreich gab es ab Februar 1934 das System des sogenannten Austrofaschismus, dem dann gleichfalls der Einmarsch Hitlers im März 1938 ein Ende bereitete und Österreich von der Landkarte auslöschte.

Ich rekapituliere diesen Teil der mitteleuropäischen Geschichte deshalb, weil die Gegenwart zu beweisen scheint, daß geschichtsmächtige Kräfte aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts noch eine ganz gewaltige Rolle spielen und wohl auch noch in den nächsten Jahren spielen werden und weil unter dem Eispanzer der Sowjetherrschaft von mehr als vier Jahrzehnten Kräfte, Ideen, Emotionen und Ideologien begraben, aber nicht abgestorben waren, die mit dem Wegfall dieses Eispanzers - zumindest teilweise - wieder an Relevanz und Wirksamkeit gewannen.

Machen wir nun den Sprung zur Gegenwart: Zu den Erkenntnissen der letzten sechs Jahre, die so faszinierend verlaufen sind, gehört die Einsicht in die Tatsache, daß die Sowjetunion ihre durch Jalta und Potsdam abgesicherte Vorherrschaft in diesem Teil Europas durch Jahre hindurch mit eiserner Faust aufrecht erhielt, soweit ihre vitalen und strategischen Interessen betroffen waren - daß aber darunter und verdeckt enorme nationale, ökonomische und sonstige Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten des Warschauer Paktes weiter existierten und mit der Zeit sogar noch stärker wurden.

Und noch etwas kann man heute deutlich erkennen und beschreiben. Die kommunistische Herrschaft war natürlich nicht von jener überwältigenden Zustimmung der »werktätigen Massen« getragen, wie das die gefälschten Resultate manipulierter Wahlen auszudrücken schienen. Sie war aber - zumindest lange Zeit hindurch - auch nicht nur jene verhaßte Diktatur eines großenwahnsinnigen Diktators, der die gesamte Bevölkerung in geschlossener Ablehnung gegenüberstand, wie das z. B. »Radio Free Europe« in seinen Sendungen gelegentlich behauptete.

Die kommunistische Herrschaft in den meisten osteuropäischen Staaten war die brutale Einparteienherrschaft einer nicht ganz unbeträchtlichen Minderheit, die an ihrem Machtmonopol eisern festhielt, was ihr nicht nur dank der Präsenz der Roten Armee gelang, sondern dadurch erleichtert wurde, daß es Themen und Politikinhalt gab, wo die Position der Kommunistischen Partei bzw. der von ihr getragenen Regierung von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung mitgetragen wurde, ja vielleicht sogar zeitweise mehrheitsfähig war. Es war dann die Arroganz der Macht, die bürokratische Schikane, der Überdruß an einer sich selbst reproduzierenden Funktionärsclique und natürlich auch das zunehmende ökonomische Versagen, die den Widerstand gegen die kommunistische Diktatur wachsen ließen.

Gleichzeitig gab es in den kommunistischen Staatsparteien mit der Zeit einen unglaublichen Ideologieverlust, einen bis zum Zynismus reichenden Pragmatismus, der die ideologische Attraktivität dieser Systeme gegen Null sinken ließ, es aber einem beträchtlichen Teil der unpolitischen und nichtkommunistischen Bevölkerung ermöglichte, in den nicht sensiblen Teilen des Staatsapparates und des öffentlichen Lebens mitzuarbeiten. Es ist bemerkenswert, wie viele prominente Exponenten des heutigen antikommunistischen Spektrums noch vor wenigen Jahren in die damals kommunistischen Systeme bestens integriert waren.

Ich halte diese Fakten und Phänomene für relevant für das Verständnis gegenwärtiger und künftiger Entwicklungen in diesem Teil Europas.

Zunächst hat dies damit zu tun, daß der osteuropäische Teil des kommunistischen Herrschaftssystems fast ohne Schuß wie ein Kartenhaus zusammenstürzen konnte. Es ist weiters eine Erklärung dafür, daß große Teile des Staatsapparates von heute auf morgen für eine völlig geänderte Politik, nämlich eine Politik der Marktwirtschaft und der Privatisierung eingesetzt werden konnten, wobei dieser Staatsapparat allerdings zum Teil zwar willig, aber nicht fähig, zum Teil fähig, aber nicht willig war, neuen Zielvorgaben zu folgen.

Differenzierte Lage der »Reformstaaten«

Am 9. November 1989 war also in Berlin die Mauer gefallen. Am 29. Mai 1990 übernahm Jelzin in Rußland das Ruder. Am 22. Juni 1994 hat Rußland gemeinsam mit vielen anderen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten das NATO-Programm »Partnership for peace« unterzeichnet. Am 3. Juli 1997 ist Jelzin mit 53% der Stimmen zum Präsidenten Rußlands wiedergewählt worden.

Wie wird es weitergehen?

Da der Ostblock als einheitliches politisches Gebilde im Laufe der Zeit, wie schon erwähnt, immer mehr zur Fiktion wurde, gibt es auch für die Zukunft dieser Region keine einheitliche Antwort, sondern es kann sinnvollerweise nur eine differenzierte Betrachtungsweise versucht werden. Lassen Sie mich einige Punkte hervorheben:

Faktum ist, daß das gesamte Gebiet der ehemals kommunistisch regierten Staaten Mittel- und Osteuropas ökonomisch stark zurückgefallen ist. Das Bruttonationalprodukt pro Kopf der Staaten Ost- und Mitteleuropas beträgt nach wie vor nur einen Bruchteil der wichtigsten Staaten der Europäischen Union. Allerdings haben die mittel- und osteuropäischen Staaten jetzt doch ein beträchtliches Wirtschaftswachstum erreicht. Das BIP der ostmitteleuropäischen Länder wuchs 1995 im Durchschnitt um 5,5%. Die Wirtschaftsleistung nähert sich damit wieder dem Niveau vor Beginn der Transformationsperiode. Für Polen wird für heuer ein Wirtschaftswachstum von 6% prognostiziert, für Tschechien von 5,5%, in Ungarn sind es

voraussichtlich heuer nur 2%. Dafür wurde das Haushaltsdefizit dramatisch reduziert. In Slowenien wird ein Wachstum von 4,5% erwartet. Für die Slowakei wird für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 7,1% prognostiziert.

Anders die Situation in den GUS-Staaten, wo zunächst nur berichtet werden kann, daß sich der wirtschaftliche Schrumpfungsprozeß gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert hat, in der Ukraine nahm das BIP aber weiterhin um mehr als 10% ab, in Rußland um 4%.

In anderen Bereichen, z. B. im politischen Bereich, muß man noch stärker differenzieren. Tschechien, Ungarn und Slowenien betrachte ich als gefestigte parlamentarische Demokratien, die zu Recht in den Europarat aufgenommen wurden und die auch erste Kandidaten für eine Aufnahme in NATO und EU sind. Ähnliches kann man für Polen sagen, wobei die Annäherung Polens an die NATO aus der Sicht Rußlands ein besonders heikles Kapitel ist.

In der Slowakei regiert ein Ministerpräsident, dem man einerseits beträchtliches Durchsetzungsvermögen als Politiker attestieren muß, der aber andererseits von seiner Regierungsmacht in einer Art und Weise Gebrauch macht, die mit der politischen Kultur in gefestigten Demokratien nicht übereinstimmt. Bulgarien hat sowohl wirtschaftlich als auch politisch beträchtliche Schwierigkeiten, weil das Land in zwei große Lager zerfällt, die einander mit größtem Mißtrauen gegenüberstehen und mit großer Härte bekämpfen: die Bulgarische Sozialistische Partei mit Ministerpräsident Widenov auf der einen Seite, die zwar eine klassische postkommunistische Partei ist, aber mit Intensität und nicht ohne Glaubwürdigkeit den Anschluß an die westeuropäischen Demokratien sucht und sich zu Marktwirtschaft und Pluralismus bekennt; andererseits die UDF als rechts der Mitte befindliche Wählerkoalition, die während ihrer Regierungszeit von November 1991 bis Oktober 1992 mit den Problemen des Landes nicht fertig wurde, aber in der BSP nur die ehemaligen Kommunisten sieht und diese mit aller Vehemenz bekämpft.

Auch in Rumänien ist mit Iliescu ein Staatspräsident an der Macht, der früher zur kommunistischen Herrschaftsschichte gehört hat, aber jetzt sorgfältig neue Wege zu gehen versucht. Sein größter Widersacher, nämlich Petre Roman an der Spitze der »Front zur nationalen Rettung« war im Dezember 1989 Ministerpräsident und mit Iliescu verbündet, hat sich aber von diesem getrennt und hält heute Iliescu seine kommunistische Vergangenheit vor, obwohl er aus dem gleichen Lager gekommen ist. Dabei räume ich ein, daß gerade Petre Roman bei seiner heutigen Abgrenzung vom Kommunismus wirklich glaubwürdig ist.

Noch schwieriger ist die Situation in Albanien, wo die jüngsten Parlamentswahlen unter Umständen vor sich gegangen sind, die sämtliche Oppositionsparteien veranlaßt haben, ihre Kandidaten zurückzuziehen und sowohl der Europarat als auch die OSZE eine Wiederholung der Wahlen unter fairen Bedingungen gefordert haben.

Wie glaubwürdig sind »neue« Sozialisten?

In diesem Zusammenhang spielt ganz allgemein die Frage eine große Rolle und wird auch oft gestellt, ob sozialistische und sozialdemokratische Parteien dieser Länder, die zunächst aus reformkommunistischen Bewegungen hervorgegangen sind und die sich zur Demokratie bekennen und vom Kommunismus distanzieren, glaubwürdig sind oder ob ihr Verhältnis vorwiegend taktischen Überlegungen entspricht und unter bestimmten Voraussetzungen umkehrbar sein könnte.

Es gibt zweifellos einige sozialdemokratische Parteien, die noch an die alte Tradition der Sozialdemokratie aus der Zeit vor der kommunistischen Diktatur anschließen. Eine solche authentische sozialdemokratische Partei spielt aber nur in der Tschechischen Republik unter Führung von Milos Zeman eine Rolle. In anderen Ländern, wie Ungarn, Bulgarien, der Slowakei usw., sind das kleine Splitterparteien, die zum Teil gar nicht den Einzug in die jeweiligen Parlamente geschafft haben bzw. die - wie die Sozialdemokratische Partei von Janez Jansa in Slowenien - mit sozialdemokratischem Gedankengut nur noch wenig gemeinsam haben.

Daher sind die meisten sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien heute solche, die aus kommunistischen Reformgruppierungen hervorgegangen sind und sich nunmehr zu den sozialdemokratischen Prinzipien Westeuropas bekennen. In diesem Zusammenhang verdient die ungarische

Sozialistische Partei unter der Führung von Gyula Hörn ebenso Vertrauen wie die slowenische Partei der Linken unter der Führung von Kocjancic, aber auch die Sozialdemokratie der Republik Polen, die von Kwasniewski geführt wurde und jetzt mit dem früheren Ministerpräsidenten Oleksi an der Spitze kürzlich in New York als Vollmitglieder in die Sozialistische Internationale aufgenommen wurden. Das heißt nicht, daß man alle ihre politischen Ziele akzeptieren muß, sondern es heißt, daß diese Parteien offenbar die Spielregeln der pluralistischen Demokratie westlicher Prägung akzeptieren.

Andere sozialistische oder sozialdemokratische Parteien werden von ihren bürgerlichen Kontrahenten immer noch taxfrei als Postkommunisten bezeichnet, und auch in den westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien herrscht eine gewisse Vorsicht und Zurückhaltung.

Ich glaube, daß man jedenfalls die Partei Petre Romans in Rumänien weitgehend als Bestandteil des demokratischen Lagers akzeptieren kann, daß man die bulgarische Sozialistische Partei, in der Widenov und Pirinsky eine führende Rolle spielen, als Gesprächspartner akzeptieren sollte, daß man die albanische Sozialistische Partei zumindest am demokratischen Wettbewerb voll teilnehmen lassen sollte und daß man Entwicklungen in der Ukraine, aber auch im ehemaligen Jugoslawien mit Sorgfalt beobachten muß.

Sonderprobiert» Rußland

Ein Sonderproblem ist zweifelsohne Rußland, und ich bin mir gar nicht sicher, ob irgend jemand im Westen oder in Rußland selbst ein klares Bild von der weiteren Entwicklung hat und haben kann.

Auf der einen Seite ist die Wende im Ostblock klar von Rußland ausgegangen. Sie wäre ohne Gorbatschow, ohne Glasnost und Perestroika nicht - oder zumindest nicht in dieser Form - möglich gewesen. Daher genießen Gorbatschow und sein Nachfolger Jelzin im Westen entsprechendes Ansehen und alle Regierungen waren und sind bemüht, daß Jelzin an der Macht bleibt und sein Kurs fortgesetzt werden kann. Die Reaktionen auf seine Wiederwahl haben das deutlich bewiesen.

Auf der anderen Seite hat es in Rußland im Unterschied zu anderen osteuropäischen Staaten bis zur Gegenwart praktisch niemals wirkliche Demokratie gegeben - von einigen Monaten vor der kommunistischen Machtergreifung im Sommer 1917 vielleicht abgesehen. Rußland hat also keine demokratischen Traditionen im Sinne der USA oder Westeuropas, und solche kann man auch nicht in kürzester Zeit nachholen oder substituieren.

Wir haben also nur die Wahl, entweder an die Demokratie in Rußland westliche Maßstäbe anzulegen, um unweigerlich enttäuscht zu werden - wenn schon nicht von Jelzin selbst, dann zumindestens von seinen Nachfolgern; oder an Rußland andere Maßstäbe, nämlich spezifisch russische anzulegen, ohne diese Maßstäbe ganz genau definieren zu können. Am ehesten werden diese Maßstäbe darin bestehen, daß das politische System in Rußland die Führung des Staates durch Wahlen legitimieren muß, daß somit ein friedlicher Machtwechsel möglich sein müßte, daß ein Mindeststandard an Menschenrechten gewahrt bleibt und daß internationale Probleme nicht mit Gewalt gelöst werden dürfen.

Viel mehr wird man in den nächsten Jahren wohl nicht fordern dürfen, wenn man nicht die Latte zu hoch legen will, wobei ohnehin die Gefahr besteht, daß eine Koalition von Armee und Industrie die Führung übernimmt und dann selbst der friedliche Machtwechsel nur innerhalb sehr enger Grenzen - oder überhaupt nur theoretisch - möglich bliebe.

Einer der Gründe für eine solche realistisch vorsichtige Betrachtungsweise liegt im Phänomen des Nationalismus. Josef Stalin hat bekanntlich in Wien sein Buch über die Nationalitätenfrage geschrieben, das den Nationalismus in Verkennung vieler Aspekte dieses Phänomens als »Überbaufrage« behandelte, also ein Phänomen, das auf der Basis einer neuen, gerechteren sozialen und wirtschaftlichen Ordnung verschwinden werde. Daher die alte kommunistische Doktrin daß die »nationale Frage« im Kommunismus gelöst sei und der Vergangenheit angehöre - was natürlich ein kompletter Unsinn war.

Sie war *nicht* gelöst und ist nach dem Ende der Diktatur unter neuen Bedingungen mit voller Schärfe und

zum Teil heftiger denn je wieder aufgeflammt. Das gilt für die Randregionen Rußlands vom Baltikum bis zum Kaukasus, das gilt für schwierige Probleme zwischen Rumänen, Ungarn und Slowaken und das gilt natürlich ganz besonders für die große Tragödie im ehemaligen Jugoslawien. Die südslawischen Nationalismen, die Gegensätze zwischen Serben, Kroaten, Bosniern, Albanern und anderen sowie deren regionale Verflechtungen gehören zu den schwierigsten komplexesten und tragischsten Problemen in Südosteuropa. Nicht allen von uns ist z.B. bewußt, daß die Grenze zwischen Serben und Kroaten jahrhundertlang auch die Grenze zwischen dem Habsburgerreich und dem Osmanischen Reich daher auch die Grenze zwischen Christentum und Islam, dazu die Grenzen zwischen Orthodoxie und Katholizismus, und vor fast 2000 Jahren auch die Grenze zwischen dem Weströmischen und dem Oströmischen Reich war. Das sind Grenzen, die man nicht leicht verschieben oder verschwinden lassen kann.

Man kann zum früheren Jugoslawien stehen wie man will, aber es war eine nicht unbeträchtliche Leistung, diese Gegensätze in einem multinationalen Staat der sich noch dazu seine Eigenständigkeit gegenüber der Sowjetunion erkämpft hatte einigermaßen abzufedern und auszubalancieren. Der Zerfall Jugoslawiens, auch wenn er unvermeidlich war oder gewesen sein sollte, hat diese Volksgruppen einer größeren Einheit beraubt, innerhalb der diese Abfederung und Balance funktionieren konnte und es wird - so fürchte ich - auf Jahre hinaus jene Stabilität nicht wiederhergestellt werden können, wie sie bis zum Tode von Tito - wenn auch um einen beträchtlichen Preis - in dieser Region herrschte.

Auch im Baltikum spielt die nationale Frage eine entscheidende Rolle doch ist es gelungen sicherzustellen, daß die Entwicklung in diesen Staaten gewaltfrei verläuft, wobei paradoxerweise darauf geachtet werden muß, daß das, was wir in Westeuropa als Minderheitsrechte einfordern, auch für die russischen Minderheiten in den baltischen Staaten gilt.

Für ein umfassendes europäisches Sicherheitssystem

Der Wegfall des Sicherheitssystems namens Warschauer Pakt der Zerfall des Comecon, der Zerfall in der Sowjetunion selbst und die dadurch ausgelösten Spannungen und Unsicherheiten haben dazu geführt, daß sich viele Staaten Ostmitteleuropas wie in einem Haus ohne Dach fühlen, oder überhaupt ohne Haus. Das alte Haus existiert nicht mehr, und ein neues europäisches Haus, von dem so oft die Rede war konnte bis jetzt nicht erbaut werden. Daher das beträchtliche Interesse dieser Staaten, oder zumindest eines Teiles dieser Staaten, so rasch wie möglich der NATO und wenn möglich auch der EU beizutreten.

Werden diese Bemühungen erfolgreich sein und Europa mehr Sicherheit bringen?

Ich teile zunächst die grundsätzliche Auffassung, daß jeder europäische Staat über seine sicherheitspolitischen Interessen autonom und eigenständig zu befinden hat. Ob jemand der NATO beitreten will, hat der Beitrittswerber selbst zu entscheiden, und ob ein Beitrittswerber aufgenommen wird, haben die NATO-Staaten zu entscheiden, die im Begriffe sind, für eine solche Erweiterung bestimmte Kriterien zu entwickeln.

Und ich sehe bei Ungarn, der Tschechischen Republik, bei Slowenien und im Prinzip auch bei der Slowakei keine besonders großen Probleme. Aber wenn die NATO mehr Sicherheit für ganz Europa bewirken will, wird man darauf achten müssen, daß nicht neue Grenzen und Antagonismen in Europa entstehen. Denn das beste Verhältnis zwischen Clinton und Jelzin kann nicht verhindern, daß das Problem europäischer Sicherheit aus der Sicht Moskaus anders aussieht als aus der Sicht Washingtons. Und weil ein Sicherheitssystem, das gegen den Willen Rußlands aufgebaut wird, naturgemäß neue Unsicherheiten und daher weniger Sicherheit mit sich bringt als ein Sicherheitssystem, das im Einvernehmen mit Rußland entwickelt wird, ist Österreich - ebenso wie andere europäische Staaten - daran interessiert, daß ein umfassendes Sicherheitssystem heranreift: eines, das nicht gegen jemanden gerichtet ist, sondern das ohne fiktiven Gegner für Europa errichtet wird und die Sicherheitspartnerschaft zwischen den USA und Europa aufrecht erhält.

Gute Chancen für ein größeres Europa

Lassen Sie mich zusammenfassen: Es ist mein Verständnis der Geschichte, daß es keinen Endpunkt und nicht einmal einen Punkt gibt, an dem man die in einem Jahrzehnt oder einer Generation gestellten Aufgaben als erfüllt bezeichnen kann. Für jedes Problem, das man löst, taucht in der Regel ein neues Problem auf. Dennoch tendieren verschiedene Entwicklungen, über die ich gesprochen habe, meiner Meinung nach zu folgendem Zwischenergebnis:

1. Der Prozeß der politischen und ökonomischen Normalisierung kann in Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik und Slowenien als weit fortgeschritten betrachtet werden.
2. Andere Staaten wie die Slowakei, Albanien, Bulgarien und Rumänien werden im Prozeß der Europäisierung gut vorankommen und haben mittel- und längerfristig gute Chancen, selbstverständliche Bestandteile eines neuen Europa zu werden.
3. Rußland wird ein großer Sonderfall bleiben. Es wird in absehbarer Zeit keine Demokratie nach westlichem Muster geben können, sondern es wird ein politisches System *sui generis* aufweisen und es wird sicherheitspolitisch eigene Interessen anmelden, auf die in fairer Weise und ohne Arroganz eingegangen werden sollte.
4. Die Wunden im ehemaligen Jugoslawien werden nur langsam verheilen. Wenn ich denke, welche Emotionen noch heute die Vorgänge um das ehemalige KZ Jasenovac aus den vierziger Jahren auslösen, dann wird mir die Dauer und Mühsamkeit des künftigen Weges dieser Region bewußt.
5. Österreich und die gesamte Europäische Union haben schwierige Entscheidungen vor sich, wie sie auf diese Entwicklungen reagieren sollen. Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und die Entwicklung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems gehören jedenfalls zu den Hauptfragen der europäischen Politik, und ich glaube, daß die Erweiterung der EU ebenso schwierig wie notwendig ist.

Aber wenn ich die Jahre zwischen 1918 und 1928 mit jenen zwischen 1945 und 1955 und jenen zwischen 1989 und 1999 vergleiche, dann glaube ich, daß im zuletzt genannten Jahrzehnt im Vergleich - trotz allem - noch die wenigsten schwerwiegenden Fehler gemacht wurden und daß gute Chancen bestehen, daß die Zone wirtschaftlicher, gefestigter Demokratien, in denen Marktwirtschaft betrieben wird und Menschenrechte geachtet werden, am Ende dieses Jahrhunderts größer sein wird als je zuvor in der europäischen Geschichte.